

„Dort essen die Leute Gras“

In der Biografie des schwarzen Weißrussen Alexander Demidow spiegelt sich die Weltgeschichte

Der Weißrusse Alexander Demidow wurde als Kind aus Jugoslawien nach Deutschland verschleppt, wo er als Zwangsarbeiter bei VW und auf einem Bauernhof arbeiten musste. Vor einigen Jahren erhielt er eine Entschädigungszahlung aus einem deutschen Fonds. Doch erst jetzt, als eine weißrussische Fotografin mit seinem Porträt einen Fotowettbewerb gewann, wurde einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, dass der 76-Jährige schwarz ist. Und eine Lebensgeschichte hat, die von den großen Umbrüchen des 20. Jahrhunderts geprägt wurde: Revolution, Kolonialismus, Krieg, Gründung und Zerfall der Sowjetunion.

Von Merle Hilbk (n-ost)

„In der Sowjetunion“, sagt Alexander Demidow, „wollten alle Internationalisten sein. Ich habe mich nie als Internationalist gefühlt, ich habe mein Leben einfach in verschiedenen Ländern verbracht.“ Seine Biografie ist eine verworrene Geschichte. Eine, die er selber teilweise nur aus zweiter Hand kennt, von einer Historikerin, die den Stammbaum seiner Familie erforscht hat.

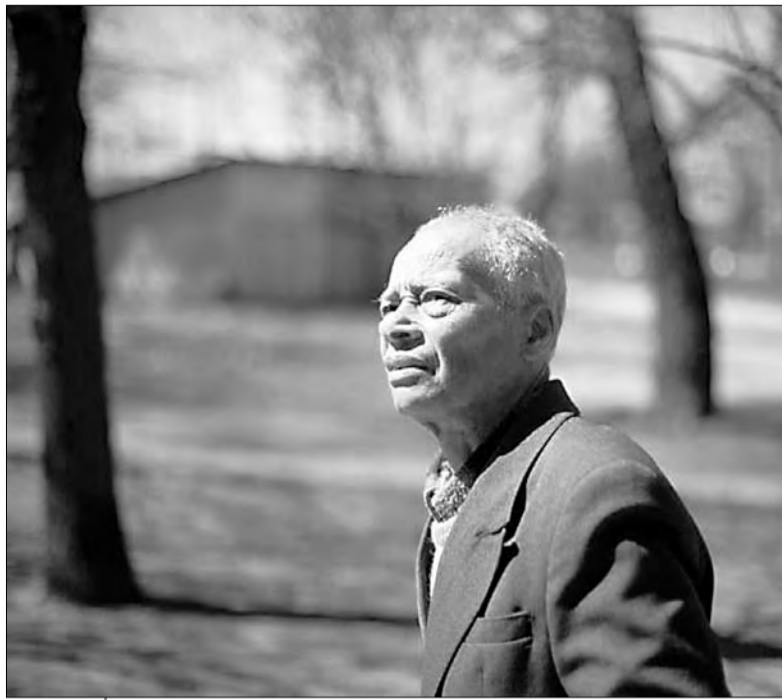
Alexander Demidows Vorfahren waren Berater des russischen Zaren, besaßen Ländereien, Güter, Privilegien – und mussten als Gegner der Revolution das Land verlassen. Ein Bruder des Vaters setzte sich nach Venezuela ab, einer nach Jugoslawien. Über das Schicksal der Schwester ist nichts bekannt.

Demidows Vater verschlug es nach Belgien, wo ihm ein Job als Farmverwalter angeboten wurde, in der afrikanischen Kolonie Belgisch-Kongo. 1933 zeugte er dort mit einer Kongolesin einen Sohn, dem er seinen Namen gab: Alexander Alexandrowitsch Demidow. Sechs Jahre später kaufte er der Mutter den Jungen für eine Nähmaschine ab und nahm ihn mit nach Paris, um ihm eine französische Eliteerziehung angedeihen zu lassen. Doch nach wenigen Monaten in Frankreich starb der Vater, Alexander wurde zum Onkel nach Jugoslawien geschickt, wo er bis

Anfang 1941 die Schule besuchte. Wie sein Vater aussah, daran habe er keine Erinnerung mehr, sagt er heute. Auch nicht an sein Leben in Belgrad. Das einzige, was er noch wisse: dass er Mitte jenes Jahres in ein Arbeitslager nach Wolfsburg gebracht worden sei. Wahrscheinlich hätten ihn deutsche Truppen dorthin mitgenommen. Weil seine Angst vor den Bomben noch größer war als die vor Bestrafung, ergriff er während des nächsten Fliegeralarms die Flucht aus dem Lager.

Unterwegs wurde der Junge von einem Uniformierten aufgegriffen, der ihn festhielt und einer Bauernfamilie im Kreis Gardelegen in der Altmark als Landwirtschaftshelfer übergab. Die Jahre bei den Bauern, erzählt Alexander Demidow, „das war eine gute Zeit“. Es habe genug zu essen gegeben, und im Sommer sei er mit Helmut, einem deutschen Jungen, zum Baden gefahren. „Helmut war ein Freund. Mein erster richtiger Freund.“

Dann hörte er von russischen Zwangsarbeitern aus der Umgebung, dass die Amerikaner vorrückten und gleichzeitig die Russen auf der anderen Seite der Elbe stünden. „Nicht noch einmal die Amerikaner“, sagte er sich und versuchte, mit einem Boot auf die andere Seite zu gelangen. In der Mitte des Flusses



Alexander Demidow spricht vier Sprachen und hat in fünf Ländern gelebt. Heimat ist für ihn da, wo seine Freunde sind.

wurde er von einem Trupp G.I.s gestoppt: „Junge, was willst du da drüben? Dort essen die Leute Gras.“ Doch als sie sahen, wie entschlossen Alexander war, ließen sie ihn ziehen. Auf der anderen Seite steckte man ihn in ein, wie er es nennt, „Internat für russische Soldatenkinder“. Dann erging der Befehl, die Bewohner in Kinderheime nach Weißrussland zu verlegen.

Am 4. April 1946 traf Alexander Demidow im Waisenhaus Nummer 12 in Minsk ein – ein 13-Jähriger, der vier Sprachen beherrschte und sich freute, ab jetzt regelmäßig die Schule besuchen zu können. „Ich wurde oft gefragt, ob es nicht schrecklich sei, in

einem Heim aufzuwachsen“, erzählt er. „Wir haben nicht weniger Liebe bekommen als in einer Familie. Und man hat uns zu fleißigen, verantwortungsvollen Menschen erzogen.“ Nach der Schule nahm er einen Job bei der Eisenbahn an und fuhr durch die gesamte Sowjetrepublik, um Gleise zu verlegen und Schienen auszubessern.

Auf der Eisenbahnbrücke in der Nähe seines Wohnblocks traf er eine Frau, die ihm gefiel, und er hielt bei den Eltern um ihre Hand an. Dass er eine dunkle Haut hatte, habe sie nicht gestört. Im Gegenteil: Das sei damals etwas Aufregend-Exotisches gewesen. Nein, wegen seiner Haut-

farbe beschimpft hätten ihn nur die Deutschen, als sie in Jugoslawien einmarschiert seien.

Heute lebt der 76-Jährige mit Frau, Tochter und Enkel in einer Zwei-Zimmer-Wohnung im Minsker Oktober-Bezirk. Außerdem gibt es noch einen Sohn, zwei weitere Enkel und einen Urenkel. 500 000 Rubel Pension bezieht Alexander Demidow, etwa 140 Euro. „Geld, von dem man nicht leben kann.“

2002 erfuhr er bei einem Besuch in der Stadtverwaltung, dass Deutschland Entschädigung an ehemalige Zwangsarbeiter zahlt. Beim Ausfüllen des Antrags half ihm der KGB – der Geheimdienst, der in Weißrussland bis heute noch so heißt. „Die haben allerdings auch gesagt, ich könne unmöglich Geld für sechs Jahre fordern. Ich denke, sie haben mir nicht geglaubt, dass ich so lange da arbeiten musste. Ich war ja noch ein Kind.“

Nein, er habe keinen Hass auf die Deutschen, es sei einfach Krieg gewesen damals, und heute – heute sei Deutschland ein kultiviertes Land. Drei Mal sei er in den vergangenen Jahren dorthin gereist, auf Einladung von „ach, irgend so einer deutschen Organisation“. Beim letzten Besuch führen ihn seine Gastgeber in das Dorf, in dem er als Kind auf dem Bauernhof hatte arbeiten müssen. Als er vor seiner ehemaligen Unterkunft stand, rief plötzlich jemand seinen Namen: „Alexander! Dass du hier bist – ein Wunder!“ Und Helmut, sein erster Freund, fiel ihm nach über 60 Jahren um den Hals. „Es mag seltsam klingen“, sagt Alexander Demidow, „aber in diesem Moment hatte ich das Gefühl, nach Hause zu kommen.“

Moldawien wählt Europa – und nun?

Prowestliche Parlamentsmehrheit bildet Koalition zur Ablösung der Kommunisten

In Moldawien ist die acht Jahre dauernde Alleinregierung der Kommunisten beendet. Bei den zweiten Parlamentswahlen binnen vier Monaten kamen sie Ende Juli auf 48 Sitze, vier Parteien des demokratischen Spektrums zusammen genommen dagegen auf 53. Zünglein an der Waage gegenüber dem Wahlgang vom April, bei dem die Kommunisten noch 60 Mandate gewonnen hatten, war der Übertritt des angesehenen ehemaligen Parlamentsvorsitzenden Marian Lupu ins prowestliche Lager. Er gilt nun auch als Favorit auf die Nachfolge von Präsident Vladimir Voronin, der nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren darf. Zur Wahl sind 61 Stimmen nötig – mindestens acht kommunistische Abgeordnete müssen sich daher für Lupu entscheiden. Die Kommunisten hatten ihre Präsidentschaftskandidatin Zinaida Greceanii zuvor nicht durchgebracht, weil sie der Opposition keine einzige Stimme abringen konnten. Damit waren die Parlamentsneuwahlen erforderlich geworden.

Von Tino Künzel

Nachdem die Jugend auf die Straße gegangen war, ging sie ins Wahllokal. Für die demokratischen Parteien haben Meinungsforscher zufolge vor allem die jüngeren, westorientierten, rumänischsprachigen Bevölkerungsschichten gestimmt, für die Kommunisten überwiegend Ältere und Angehörige der russischen Minderheit. Nach dem kommunistischen Wahlsieg im April war es zu Demonstrationen und Ausschreitungen gekommen. Die Opposition hatte systematische Benachteiligung und Manipulationen beklagt, während die OSZE den Wahlgang als weitgehend korrekt einschätzte und die Kommunisten von einem versuchten Staatsstreich sprachen – von Nachbar Rumänien unterstützte Kräfte hätten in Moldawien eine „orange Revolution“ anzetteln wollen.

Immerhin jedoch versank das Land daraufhin nicht in Chaos und Repression: Die Polarisierung der politischen Lager und die Lähmung des Parlaments, das sich nicht auf die Präsidentschaftskandidatin der kommunistischen Mehrheit verständigen konnte, führten letztlich zu Neuwahlen, so wie es die Verfassung vorschreibt. Und in der elektrisierten Stimmung lag die Wahlbeteiligung am 29. Juli – mitten in der Urlaubszeit – bei beachtlichen 58 Prozent. Nicht zuletzt der kommunistische Präsident Vladimir Voronin hatte das Volk an die Wahlurnen gerufen: Es gehe um eine historische Richtungswahl. Die Kommunisten hatten sich in der Vergangenheit als Garanten des moldawischen Staates positioniert und als Gegner von Wiedervereinigungsbestrebungen mit



Wahlgewinner: Marian Lupu.

Rumänien. Beide Länder verbindet eine in weiten Teilen gemeinsame Geschichte. Bereits zu Zaren- wie auch zu Sowjetzeiten stand das heutige moldawische Territorium aber auch wiederholt unter russischem Einfluss. Nach einer blutigen Eskalation 1992 erklärte die Provinz Transnistrien, in der zwei Drittel der Bevölkerung russisch- und ukrainischsprachig sind, ihre Unabhängigkeit, ohne allerdings internationale Anerkennung zu finden.

Moldawien, das selbst mit Transnistrien kleiner als die Moskauer Oblast ist und als Sowjetrepublik noch vergleichsweise wohlhabend war, gilt als eines der ärmsten Län-

der Europas. Nach Schätzungen arbeitet ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung in der EU und in Russland. Außenpolitisch hatten die Kommunisten in den letzten Jahren einen moderaten Westkurs verfolgt – bei Wahrung der Neutralität und der Mitgliedschaft in der GUS. Im Mai war Moldawien der „Östlichen Partnerschaft“ der EU beigetreten. Bereits 2007 war die Visapflicht für EU-Bürger aufgehoben worden.

Die jetzigen Wahlsieger wollen diese Balance halten, die Europaorientierung aber noch stärker akzentuieren. Anfang August bildeten die Liberaldemokratische Partei, die Liberale Partei, die Demokratische Partei und das Bündnis Unser Moldova eine Koalition unter dem Namen „Allianz für eine europäische Integration“. Man wolle zudem die gutnachbarlichen Beziehungen zu Rumänien und der Ukraine „wiederherstellen“, etwa die nach den Unruhen vom Frühjahr eingeführte Visapflicht für Rumänen annullieren, und mit Russland eine „strategische Partnerschaft“ eingehen, heißt es in einer gemeinsam vorgestellten Deklaration. Von einem Nato-Beitritt, den beispielsweise der Chisinauer Bürgermeister Dorin Chirtoaca befürwortet, ist darin keine Rede. Man strebe eine Zusammenarbeit mit der Nato an, wie sie auch Russland unterhalte, sagte Vlad Filat, Chef der

Liberaldemokraten, vor der Presse. Marian Lupu, Vorsitzender der Demokratischen Partei, erklärte, in der Verfassung sei die Neutralität Moldawiens verankert, dabei werde es bleiben. Lupu genießt in der moldawischen Politik eine hohe Autorität: Der 43-jährige frühere Wirtschaftsminister und Parlamentsvorsitzende trat der Demokratischen Partei erst nach den Wahlen vom April bei, nachdem sie mit drei Prozent an der Sperrklausel gescheitert war, und machte sie mit nunmehr 12,6 Prozent auf Anhieb zur viertstärksten Kraft.

Innenpolitisch wollen sich die Demokraten laut Deklaration für den Aufbau eines Rechtsstaates, für Pressefreiheit, für eine Überwindung des „Erbes der kommunistischen Regierungszeit“ und der Wirtschaftskrise sowie für die friedliche Wiedereingliederung Transnistriens einsetzen. Letzteres gleicht einer Lebensaufgabe. Selbst russische Vermittlungsmissionen haben bisher kaum mehr als Shakehands bewirkt. Dem russischen Wochenmagazin „Ogonjok“ sagte Transnistriens Minister für Staatssicherheit, Wladimir Antjufjew, nach den moldawischen Parlamentswahlen: „In Moldawien dominiert die europäische Idee. Aber was sollen wir als nationale Minderheit in der EU? Es ist immer noch besser, der Kopf einer Fliege zu sein als, Entschuldigung, der Hintern eines Elefanten.“